

ANTRAG

Antragsteller*innen:

A3: Unsere Zukunft gestalten wir selbst – nie wieder Zwangsdienst!

Antragstext

1 Freiwilliges, werteorientiertes Engagement, Partizipation und demokratische
2 Bildung sind die Grundlagen für Sicherheit, Frieden und Zusammenhalt in unserer
3 Gesellschaft. Ein Pflichtdienst widerspricht diesem Prinzip. Davon sind wir
4 Jugendverbände in Nordrhein-Westfalen überzeugt. Daher schließt sich der
5 Landesjugendring der [Kritik\[1\]](#) des Deutschen Bundesjugendrings an:

- 6 • Alle **unfreiwilligen Bereitschaftserklärungen, Musterungen und**
7 **Einberufungsermächtigungen lehnen wir ab.** Ein allgemeiner Pflichtdienst –
8 unabhängig davon, ob im militärischen oder im zivilen Bereich – steht im
9 Widerspruch zu unseren Grund- und Freiheitsrechten und zur Idee von
10 selbstbestimmten Bürger_innen. Ein Pflichtdienst würde die persönliche
11 Freiheit junger Menschen beschneiden und freiwilliges Engagement
12 verhindern.
- 13 • Wir kritisieren, dass drastische Eingriffe in Lebensplanung und
14 Freiheitsrechte über die Köpfe derjenigen hinweg getroffen werden, die
15 unmittelbar betroffen sind.
- 16 • Wir erwarten eine offene gesellschaftliche Diskussion, in der junge
17 Menschen als Expert*innen ihrer eigenen Lebenswelt beteiligt werden.
18 Politische Beteiligung ist eine Grundlage unserer demokratischen
19 Zivilgesellschaft und Voraussetzung für legitime Entscheidungsprozesse.
20 Jugendverbände müssen als wichtige Orte demokratischer Bildung und
21 Friedenserziehung gestärkt und aktiv in politische Entscheidungsprozesse
22 eingebunden werden. Dafür braucht es wirksame Beteiligungsformate, die
23 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen echte Mitgestaltung
24 ermöglichen. Den bisherigen Verlauf der Debatte halten wir für verfehlt.
- 25 • Wir kritisieren das adultistische Narrativ, dass junge Menschen etwas
26 zurückgeben müssen. Es widerspricht dem Grundsatz der Solidarität in der
27 politischen Debatte, ausschließlich junge Menschen ab 18 Jahren zur

28 Verantwortung zu ziehen, um gesellschaftliche Missstände auszugleichen.
29 Es ist schon jetzt klar, dass die Wehrpflicht junge Menschen der Gefahr
30 eines militärischen Einsatzes aussetzt, während junge Menschen immer
31 wieder von der Politik verschleppte Probleme – wie die Existenz von Armut
32 oder unzureichendes Eingreifen in den Klimawandel – ausbaden
33 müssen. Künftige politische Entscheidungen müssen sich konsequent an dem
34 Prinzip der Generationengerechtigkeit orientieren.

- 35 • Wir kritisieren den oberflächlichen Begriff von Freiwilligkeit in der
36 Debatte. Echte Freiwilligkeit würde eine gleichwertige Förderung
37 zivilgesellschaftlichen Engagements ohne Bevorzugung des Wehrdienstes und
38 die verbindliche Beteiligung junger Menschen an allen Entscheidungen, die
39 ihre Lebensrealität betreffen, voraussetzen.
- 40 • Ein Pflichtdienst ist keine Lösung für die Zukunft. Es braucht
41 Perspektiven für junge Menschen, begonnen bei echten Zugängen zu
42 Freiwilligendiensten, bezahlbarem Wohnraum sowie attraktiven Arbeits- und
43 Ausbildungsbedingungen durch Mitbestimmung und Tarifbindung.
- 44 • Die für die Stärkung der Bundeswehr geplanten Ressourcen dürfen
45 die eingeschränkten Perspektiven von Kindern und Jugendlichen in NRW,
46 wovon ca. 20% in Armut leben, nicht noch weiter verschärfen. Ganz im
47 Gegenteil braucht es Investitionen in eine starke Zivilgesellschaft und
48 Sicherheit nach innen: durch Bildung, soziale Absicherung und
49 gesellschaftlichen Zusammenhalt, nicht durch Aufrüstung und militärische
50 Logik. Die Jugendhilfe hat nach dem Gesetz die Pflicht, Benachteiligungen
51 abzubauen und gleiche Chancen für alle zu schaffen (§ 9 Nr. 2 SGB VIII)
- 52 • Psychologische und sozialpädagogische Begleitangebote müssen fester
53 Bestandteil sowohl ziviler als auch militärischer Dienste sein. Bestehende
54 Anlaufstellen und Trägerstrukturen sind dafür gezielt zu stärken und
55 bedarfsgerecht auszubauen. Zudem bedarf es diskriminierungs- und
56 rassismussensibler Rahmenbedingungen sowie wirksamer Präventions- und
57 Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt.

58 Wir fordern von den NRW-Bundestagsabgeordneten und den NRW- Landtagsabgeordneten
59 sich für folgende Punkte einzusetzen:

- 60 • die Streichung der verpflichtenden Erfassungs- und Musterungsregelungen
61 (§§ 15a, 17, 2a WPflG-E).
- 62 • die Streichung der geplanten Verordnungsermächtigung zur Einberufung im

63 Frieden (§ 2a WPflG-E) und die vollumfängliche Wahrung eines
64 Verweigerungsrechts.

- 65
- die Vermeidung jeder gesetzlichen Konstruktion, die faktischen Druck zur
66 Entscheidung für den Wehrdienst erzeugt – insbesondere gegenüber sozial
67 benachteiligten Gruppen (§ 58c SG-E).

68

 - die verbindliche, frühzeitige und dauerhafte Einbindung junger Menschen in
69 alle politischen Vorhaben, die ihre Lebensrealitäten unmittelbar
70 betreffen.

71

 - die Förderung freiwilligen zivilgesellschaftlichen Engagements,
72 insbesondere den Ausbau und die angemessene finanzielle Förderung der
73 bestehenden Jugendfreiwilligendienste, unter fairen Bedingungen und ein
74 Ende der strukturellen Bevorzugung des Wehrdienstes. Wir fordern einen
75 Rechtsanspruch auf Freiwilligendienste.

76

 - die Aufklärung junger Menschen über die Realität von Krieg und Wehrdienst
77 und ein Ende der Verharmlosung und Gamification in der Bundeswehrwerbung.

78 Wir kritisieren darüber hinaus:

- 79
- Insbesondere Werbung für die Bundeswehr, die sich direkt an Kinder
80 richtet, wie etwa Spiel- und Fotoaktionen der Bundeswehr am NRW-Tag 2024
81 oder der Gamescom, finden wir falsch. Deutschland und damit das Land NRW
82 muss sich an die Kinderrechtekonvention halten und darf keine
83 Minderjährigen anwerben. Schulen müssen Orte der Bildung, nicht der
84 Rekrutierung sein. Jugendarbeit soll junge Menschen zur Selbstbestimmung
85 und gesellschaftlicher Mitverantwortung befähigen (§ 11 Abs. 1 SGB VIII).

86 Die Landesjugendring Vollversammlung beauftragt den Hauptausschuss, Maßnahmen
87 zur Umsetzung des Antrags und zur Weiterbeschäftigung mit dem Thema entwickeln.

88 [1]
89 https://www.dbjr.de/fileadmin/Positionen/2025/250813_Bundesjugendring_Stellungnahme_WDModG.pdf

90 [2]https://unter18nie.de/wordpress/wp-content/uploads/2025/01/Kleine-Anfrage-BSW_Juni-2024_Verletzungen-von-minderjaehrigen-Rekrutinnen-und-Rekruten-in-der-Bundeswehr.pdf